

Hitzige Debatte um Arbeitslosenversicherung

Dass die Arbeitslosenkasse unbedingt saniert werden muss, sehen alle Abgeordneten ein. Dass der Beitragssatz aber von 0,5 auf ein Prozent erhöht werden soll, finden einige übertrieben. Die Anträge, den Satz zu reduzieren, wurden dennoch abgelehnt.

Von Janine Köpfl

Vaduz. – Wie schon bei der ersten Lesung im September, waren sich die Abgeordneten auch gestern bei der zweiten Lesung einig darüber, wie die Revision der Arbeitslosenversicherung ausgestaltet sein soll. Einzig bei der Höhe des Beitragssatzes spalteten sich die Geister – und wie.

VU-Fraktionssprecher Peter Hilti stellte den Antrag, den Beitragssatz, der heute bei 0,5 Prozent liegt, auf 0,75 anstatt auf 1,0 Prozent anzuheben. Er plädierte auf eine gemässigte Erhöhung. Er bezog sich dabei auf Experten, die ihm versicherten, dass eine Erhöhung auf 0,75 Prozent ausreiche, um die Arbeitslosenkasse zu sanieren, wenn es auch vielleicht ein Jahr länger dauere, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Damit könnten seiner Meinung nach vor allem kleine und mittlere Löhne geschont werden.

Mit Solidaritätsbeitrag?

Diese Ansicht teilte die stellvertretende FL-Abgeordnete Helen Konzett-Bargetze, stellte aber einen leicht modifizierten Antrag, nämlich, dass der Satz auf 0,8 Prozent erhöht wird, dass aber gleichzeitig ein Solidaritätsbeitrag für hohe Löhne erhoben wird. Bis zu einem Jahresgehalt von 126 000 Franken sollten die 0,8 Prozent gelten, wer mehr verdient, soll auch mehr an die Arbeitslosenversicherung abtreten. Bei einem Jahreslohn ab 315 000 Franken wäre dann laut Antrag ein Prozent fällig. Damit erhofft



Sein Antrag wurde knapp abgelehnt: VU-Fraktionssprecher Peter Hilti wollte die Beiträge an die Arbeitslosenversicherung von 0,5 auf 0,75 Prozent und nicht, wie vorgeschlagen, auf ein Prozent erhöhen. Bild Daniel Schwendener

sich Helen Konzett-Bargetze, dass es zu einer Umverteilung und damit zu einem besseren sozialen Ausgleich kommt.

«Keine Umverteilungsorganisation»

Beide Anträge stiessen vor allem den FBP-Abgeordneten sauer auf. Elmar Kindle sprach von «abenteuerlichen Ideen» und redete sich regelrecht in Rage. «Sie sind sich nicht bewusst, in

welcher Situation die Kasse ist.» Er warnte davor, den Satz unter einem Prozent anzusetzen. Es gehe auch um die Arbeitnehmer, denn nur eine gesunde Kasse könne auch Auszahlungen machen. Der FBP-Abgeordnete Manfred Batliner erinnerte daran, dass es sich um eine Versicherung handelt. Gemäss den Einzahlungen bekomme man auch Leistungen. «Die Arbeitslosenversicherung ist keine

Umverteilungsorganisation.» Einzig die VU-Abgeordnete Gisela Biedermann stützte Peter Hiltis Antrag und erklärte, dass bei einem Beitragssatz mit 0,75 Prozent mit jährlichen Mehreinnahmen von 4,9 Millionen Franken zu rechnen seien. Damit könne das Defizit in der Kasse behoben werden. Diese Aussage verärgerte Elmar Kindle erst richtig und er zeigte auf, wie schnell es gehen könnte, dass die Ar-

beitslosenversicherung «in der Kreide» ist.

Auch Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer «wunderte sich ein wenig über die Diskussion», wie er sagte. Er erläuterte noch einmal, warum eine Erhöhung auf ein Prozent nötig sei und dass ein Satz von einem Prozent im internationalen Vergleich sehr tief sei. Alles was darunter sei, werde über längere Sicht nicht reichen. Denn es genüge nicht, beispielsweise nur das Defizit zu decken. Er verwies auf die Ausführungen und die Zahlenbeispiele zu einem Solidaritätsbeitrag in der Stellungnahme sowie im Bericht und Antrag der Regierung. «Wenn wir einen kleineren Satz als ein Prozent wählen, dann werden wir ab 2013 jährlich ein Defizit zwischen 3,5 und 3,9 Millionen Franken einfahren», sagte Martin Meyer. «Diese Verantwortung kann ich nicht übernehmen.»

Zum Argument der Umverteilung sagte Meyer, dass dies auch ein Ziel der Regierung sei. Schon jetzt werde darauf geachtet, dass Kleinverdiener nicht zu viele Nachteile haben. Beispielsweise zahlen Personen mit niedrigem Lohn nur die Hälfte an die Arbeitslosenversicherung, beziehen aber trotzdem die gleiche Leistung.

Knapp abgelehnt

12 Abgeordnete stimmten dem Antrag, den Satz auf 0,75 Prozent zu erhöhen zu, womit diesem knapp nicht stattgegeben wurde. Der zweite Antrag, den Satz bei 0,8 Prozent festzulegen und zusätzlich einen Solidaritätsbeitrag zu erheben, erhielt lediglich zwei Ja-Stimmen.

15 Abgeordnete stimmten dem Artikel 4 – das heisst einer Erhöhung auf ein Prozent – zu.

Von dieser Diskussion abgesehen, erteilten die Abgeordneten der Revision der Arbeitslosenversicherung ihre Zustimmung. Mit 20 Ja-Stimmen wurde die Vorlage abschliessend behandelt.